

Die geplanten Datenschutzrichtlinien der EU, die die Nutzung von Blockchain-Technologien wie Bitcoin unter DSGVO-Bedingungen erheblich einschränken könnten, sind ein Angriff auf technologische Innovation und wirtschaftliche Freiheit. Während Datenschutz zweifellos ein wichtiges Anliegen ist, überschreiten diese Vorschriften die Grenze zwischen Schutz und Verbot und könnten eine Technologie de facto unmöglich machen, die enorme Vorteile für Wirtschaft, Sicherheit und Dezentralität bietet.

### 1. Innovation wird behindert

Blockchain-Technologien sind ein Fundament der modernen digitalen Wirtschaft. Sie ermöglichen sichere, transparente und dezentrale Transaktionen ohne Mittelsmänner. Eine Einschränkung dieser Technologie durch regulatorische Anforderungen, die ihrer Natur widersprechen – wie das Recht auf Datenlöschung – erstickt Innovation und hindert Europa daran, in diesem Bereich führend zu sein. Unternehmen und Start-ups werden gezwungen sein, auf andere Rechtsräume auszuweichen, was wirtschaftliche Schäden und den Verlust von Arbeitsplätzen bedeutet.

### 2. Unrealistische Anforderungen

Die Forderung nach Löschung oder Anonymisierung von Daten in einer unveränderlichen Blockchain ignoriert die grundlegenden technischen Eigenschaften dieser Technologie. Solche Vorgaben sind keine sinnvollen Schutzmaßnahmen, sondern unrealistische Anforderungen, die die Nutzung von Blockchains für personenbezogene Daten praktisch unmöglich machen. Es ist paradox, dass gerade eine Technologie, die durch Verschlüsselung und Dezentralisierung hohen Schutz für Daten bietet, wegen regulatorischer Überforderung scheitern könnte.

### 3. Gefahr der Machtkonzentration

Die DSGVO-konforme Nutzung von Blockchains könnte ausschließlich durch zentrale Institutionen oder stark regulierte permissioned Blockchains ermöglicht werden. Dies widerspricht dem Kernkonzept der Blockchain – der Dezentralität – und schafft ein Umfeld, das Macht und Kontrolle in die Hände weniger Akteure legt. Demokratische und wirtschaftliche Freiheit könnten dadurch gefährdet werden.

### 4. Unverhältnismäßigkeit der Regelung

Die DSGVO zielt darauf ab, personenbezogene Daten zu schützen, aber Bitcoin und viele andere Blockchain-Technologien verarbeiten keine direkt identifizierbaren Daten. Statt die gesamte Technologie pauschal zu regulieren, sollte die EU spezifische Anwendungsfälle untersuchen und dort intervenieren, wo echte Risiken bestehen. Eine pauschale Einschränkung trifft nicht die richtigen Ziele und schadet mehr, als sie nützt.

### Fazit:

Europa sollte Blockchain-Technologien fördern, anstatt sie durch überregulierte Vorgaben zu behindern. Eine Balance zwischen Datenschutz und technologischer Innovation ist möglich und notwendig. Pauschale Vorschriften, die die grundlegenden Eigenschaften der Blockchain ignorieren, sind jedoch der falsche Weg. Stattdessen sollte die EU auf flexible und technologieoffene Lösungen setzen, um Datenschutz und Innovation zu vereinen.